

CALL FOR PAPERS ZUM WORKSHOP 2021

MEDIEN UND DEMOKRATIE IM ZEICHEN DER DIGITALISIERUNG

Veranstalter: Netzwerk Medienstrukturen & Institut für vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, und der Universität Klagenfurt

Zeit/Ort: 15. Oktober 2021 ONLINE; Auftaktveranstaltung am Vortag (14. Oktober 2021)

Einsendeschluss Extended Abstracts: 1. Juni 2021 (Umfang etwa 500 bis max. 1000 Worte)

Das Netzwerk Medienstrukturen bietet eine länderübergreifende Plattform für Forschende, die sich mit Medienstrukturen aus politischer, historischer, ökonomischer, rechtlicher oder soziologischer Perspektive befassen. Am **15. Oktober 2021** findet der zehnte Workshop des Netzwerks **als virtuelle Konferenz** statt.

ZIEL DES WORKSHOPS

Die Öffentlichkeit ist die wichtigste soziale Einrichtung demokratischer Gesellschaften. Sie ist der Ort zur Bestimmung und Diskussion der kollektiv als wichtig erachteten und allgemeinverbindlich zu lösenden Probleme. Damit schafft sie eine der Voraussetzungen zur Teilhabe möglichst aller Bürgerinnen und Bürger an kollektiven Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen (*self-governing*) und leistet zugleich einen Beitrag zur Kontrolle der Mächtigen (*checking value*). Die Qualität der öffentlichen Kommunikation bestimmt daher letztlich die Qualität der Demokratie.

Öffentlichkeit ist medienvermittelt und Medien erfüllen eine öffentliche Aufgabe. Diese erfordert einen besonderen Schutz und eine besondere Förderung, verlangt aber auch eine besondere Verantwortung, da die Medieninhalte die notwendige Qualität der öffentlichen Kommunikation gewährleisten sollen.

In den letzten Jahren bedingen die (immer rasanteren) Veränderungen der Kommunikationstechnologien einen intensiven Strukturwandel von Medien und Öffentlichkeit. Brosius (2016) spricht von „öffentlicher Kommunikation 2.0“, die nicht nur die über Massenmedien vermittelte Kommunikation umfasst, sondern jede Form, die durch „prinzipielle Beobachtbarkeit sowie dauerhafte Speicherung und Verfügbarkeit“ charakterisiert ist. Damit erweitern sich der Medienbegriff, das Spektrum und die Intentionen der Anbieter, die Angebotsformen und die Nutzungsgewohnheiten. Lange gültige unternehmerische Modelle, journalistische Rollenbilder und Handlungslogiken auf Produktions- und Nutzungsseite verändern sich.

Vor diesem Hintergrund befasst sich der zehnte Workshop des Netzwerks Medienstrukturen mit der **Frage nach den Auswirkungen des gegenwärtigen Strukturwandels von Medien und Öffentlichkeit auf die Rolle und die demokratischen Funktionen der Medien und die demokratische Qualität der öffentlichen Kommunikation**. Dabei ist nicht zu vergessen, dass auch die Formen, in denen Demokratie gelebt wird, unmittelbar von der Digitalisierung betroffen sind. Regieren und Verwalten, so der Politikwissenschaftler Daniel Roloff (2012), bedeutet „nicht mehr nur noch Gesetzgebung und Amtsstube, sondern auch

Bürgerhaushalt und Formular-Download“ und „demokratische Staatsbürgerschaft nicht mehr nur Wählen und Demonstrieren, sondern auch voten und posten“. Doch diese Entwicklung hin zu einer *digitalen Demokratie* ist nicht nur den neuen technischen Möglichkeiten geschuldet, sondern ergibt sich nahezu folgerichtig aus dem sich wandelnden Verständnis von Demokratie.

Der Workshop setzt sich zum Ziel, das Verhältnis von **Medien und Demokratie im Zeichen der Digitalisierung** möglichst breit zu diskutieren. Erwünscht sind Einreichungen, die sich in theoretischer, methodologischer und/oder empirischer Sicht mit den **Auswirkungen des gegenwärtigen Strukturwandels von Medien und Öffentlichkeit** auseinandersetzen. Hierbei können verschiedene Themen adressiert und diskutiert werden, von denen im Folgenden einige herausgegriffen werden sollen. Sie orientieren sich an jenen Dimensionen, die im *Media Pluralism Monitor* der Europäischen Union (zuletzt: Brogi et al., 2020) als zentrale Aspekte eines demokratischen Mediensystems benannt sind und die sich an Freiheit und Pluralismus als konstitutiven Werten orientieren (Foret & Calligaro, 2018): Regulierungs- und Governancestrukturen, Angebotsvielfalt, politische und redaktionelle Unabhängigkeit und gesellschaftliche Inklusion.

THEMATISCHE SCHWERPUNKTE

1. Regulierungs- und Governancestrukturen

Im ersten Schwerpunkt geht es um das regulatorische Rückgrat des Mediensektors in modernen Demokratien. Die hier zu stellenden Fragen sind vor allem, aber nicht nur auf rechtlichem Gebiet angesiedelt.

- Inwieweit sind Meinungsfreiheit *und* Informationsrecht gewährleistet und im Hinblick auf die tägliche journalistische Arbeit rechtlich ausgestaltet?
- Sind Journalistinnen und Journalisten vor der digitalen Überwachung durch die Strafverfolgungsbehörden geschützt und welche Maßnahmen werden seitens der Behörden, der Medienorganisationen und der Zivilgesellschaft ergriffen, um digitale Gewalt gegen Journalistinnen und Journalisten einzudämmen und den Betroffenen Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen?
- Wie kann und soll der schmale Grat zwischen Meinungsfreiheit und der Regulierung von Online-Inhalten, die illegal oder gesellschaftlich unerwünscht sind, gestaltet sein?
- Wie steht es um die Verhältnismäßigkeit solcher Regulierungsmaßnahmen und wie kann *Over-Blocking* verhindert werden?

2. Angebotsvielfalt

Im Zentrum dieses Schwerpunkts steht das Problem, wie angesichts technischer, ökonomischer und inhaltlicher Konvergenz, dem Abwandern großer Teile des Anzeigenmarkts auf Online-Plattformen, dem Engagement branchenfremder Akteure im Internet und einem sich radikal verändernden, zum Teil von Gratismotiv geprägten Mediennutzungsverhalten die für einen demokratischen öffentlichen Diskurs relevante, auf mehreren Ebenen anzusiedelnde Angebotsvielfalt aufrecht erhalten werden kann bzw. vielleicht neu definiert werden muss.

- Greifen im Hinblick auf cross-mediale und globale Eigentumskonzentration noch die primär für horizontale und nationale Konzentrationsbewegungen erstellten Regelungen?
- Wie steht es um die – nicht bloß wirtschaftliche – Funktionsfähigkeit eines pluralen Mediensystems bei rückgängigen Umsatzzahlen und Einsparungen vor allem im redaktionellen Bereich?
- Sind die etablierten staatlichen Medienförderungen unter demokratiepolitischen Prämissen noch relevant und effektiv?
- Und wenn diese Fragen eher skeptisch zu beantworten sind: Welche Ziele sollten Medienpolitik und Medienwirtschaft im Hinblick auf die Wahrnehmung der öffentlichen Aufgabe der Medien, die ihren besonderen Schutz begründet, heute verfolgen?

Der Wandel der Rolle der Medien als Informationsanbieter muss aber auch in Relation zum Wandel der Rolle des Publikums als Informationsnachfrager gesetzt werden. Dem Konzept der *political information environments* folgend (Van Aelst et al., 2017), bedingen sich die sich verändernden Angebots- und Nachfragesituationen wechselseitig, wobei Quantität und Qualität des Angebots ineinandergreifen. Hier stellen sich etwa Fragen

- nach den Erwartungshaltungen, die verschiedene gesellschaftliche Gruppen an demokratische Medienleistung haben und wie diese in unterschiedliche Medienstrukturen eingebettet ist,
- nach der Vielfältigkeit der *individuellen Medienrepertoires*, den dahinterliegenden Informations- und Kommunikationsbedürfnissen (Hasebrink & Domeyer, 2012) und deren Zusammenspiel mit den jeweils gegebenen *opportunity structures*, auf die erwünschten Inhalte zugreifen und sie sich aneignen zu können,
- sowie nach den Konsequenzen, die sich aus dem Mediennutzungsverhalten für demokratische Partizipation ergeben.

3. Politische und redaktionelle Unabhängigkeit

Im Schwerpunkt Unabhängigkeit geht es um die Glaubwürdigkeit von Medien und Journalismus, die als fundamentale Voraussetzung für Vertrauen in deren Informations- und Kommunikationsleistung gelten kann.

- Sie beginnt bei der Frage nach der Existenz und Wirksamkeit von rechtlichen Regelungen, aber auch von Selbstregulierungsmaßnahmen, die geeignet sind, die Unabhängigkeit von Managemententscheidungen ebenso wie die redaktionelle Autonomie von politischen und wirtschaftlichen Einflüssen zu gewährleisten. Dies gilt, wenn auch unterschiedlich gewichtet, für den öffentlich-rechtlichen Sektor ebenso wie für den privat-kommerziellen. Was bedeutet es beispielsweise für die redaktionelle Autonomie von Journalismus, wenn Politiker sich stärker selbst via Social Media inszenieren? Wie steht es um das Fundament des demokratischen Mediensystems, dem Recht auf freie Meinungsäußerung, insbesondere in Krisenzeiten? Verändert sich die direkte Einflussnahme? Bestehen und greifen Kontrollmechanismen? Wie gestalten bzw. verändern sich *blurring lines* zwischen redaktionellen und persuasiven Medieninhalten und was bedeutet das für den Journalismus und das Vertrauen der Mediennutzerinnen und Mediennutzer?

- Journalistische Autonomie drückt sich aber auch in den innerbetrieblichen Entscheidungsstrukturen und Mitspracherechten bei der Besetzung von Chefredaktionen aus.
- Schließlich spielt in Sachen Glaubwürdigkeit auch die Transparenz von Eigentumsstrukturen, redaktioneller Linie und journalistischer Selbstkritik eine entscheidende Rolle.

All den genannten Aspekten kommt im digitalen Umfeld insofern eine noch größere Bedeutung zu, als einerseits über im Internet agierende neue Anbieter noch weniger öffentliches Wissen verfügbar ist als über traditionelle Akteure und andererseits Formen wie Native Advertising und Influencer Marketing online weitaus größere Verbreitung finden als offline.

4. Gesellschaftliche Inklusion

Der Themenschwerpunkt zur gesellschaftlichen Inklusion bezieht sich auf den Zugang zu Medien durch unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen ebenso wie auf die gesellschaftliche Inklusionsleistung der Medien. Entscheidend für eine demokratische Öffentlichkeit ist die mediale Repräsentation der Bevölkerung in ihrer demographischen, sozialen und kulturellen Diversität. Dies gilt neben der Einbindung von Menschen mit Behinderungen und Angehörigen von Minderheiten ebenso für eine dem Bevölkerungsanteil angemessene Repräsentation von Frauen in der Medienöffentlichkeit – bezogen auf Medienmanagement, Angebotsproduktion und Medieninhalte: In nicht einmal 20% der Nachrichten sind sie Gegenstand oder Quelle der Berichterstattung (vgl. Beaufort, 2020; Seethaler und Beaufort 2020) und machen in Zeitungen nur 31% aller vorgestellten Expertinnen aus (vgl. Pernegger, 2019). Wiederum stellt sich die Frage

- nach gesetzlichen und selbstregulatorischen Maßnahmen, insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmenden Komplexität des Mediensystems.
- als auch jene nach dem Status quo und der adäquaten Abbildung der gesellschaftlichen Diversität begünstigenden und erschwerenden Faktoren.
- Angesichts des gegenwärtigen Wandels des Demokratieverständnisses hin zu stärker partizipatorischen Vorstellungen ist überdies nach dem Medienzugang für (aus ökonomischen Gründen häufig vernachlässigte) lokale Gemeinschaften und nach den Möglichkeiten einer aktiven Beteiligung an der Gestaltung von Medieninhalten zu fragen – zwei Bereiche, die vor allem von gemeinnützigen, nicht-kommerziellen Medienanbietern abgedeckt werden.
- All das führt schließlich zu der Frage nach Maßnahmen zur Förderung von Medienkompetenz (nicht nur bezogen auf Kinder und Jugendliche), die, wenn sie über technische Fertigkeiten hinausgeht, als *conditio sine qua non* für einen kritischen und verantwortungsbewussten passiven und aktiven Umgang mit Medien gelten kann.

Die eingereichten Beiträge können sich jedoch auch auf andere thematische Schwerpunkte als die oben genannten beziehen. Erwünscht sind Beiträge, die Mediensysteme im Rahmen von Einzelfallstudien oder Mehr-Länder-Vergleichen untersuchen, wobei explorative Arbeiten ebenso von Interesse sind wie hypothesentestende Studien und theoretische Beiträge.

ANFORDERUNGEN

Erwartet werden **Extended Abstracts im Umfang von etwa 500 bis 1000 Worten**. Einreichungen sind bis zum **1. Juni 2021** möglich und werden an Maren Beaufort (maren.beaufort@oeaw.ac.at) erbeten.

Die Beiträge werden in einem anonymisierten Verfahren von Mitgliedern des Netzwerks geprüft. Wir bitten Sie daher, Ihr Abstract in anonymisierter Form einzureichen, es aber mit einem Deckblatt zu versehen, auf dem der Beitragstitel, Angaben zu Autorin/Autor sowie Kontaktdaten vermerkt sind. Achten Sie bitte auch darauf, dass in den Metadaten der übermittelten Datei keine Namen enthalten sind. Das Reviewverfahren wird von den Veranstaltern und Koordinatoren des Netzwerks organisiert.

KONTAKT & WEITERE AUSKÜNFTE

Maren Beaufort

Österreichische Akademie der Wissenschaften

Institut für vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung

Tel.: +43 (0)1 51581 3122; E-Mail: maren.beaufort@oeaw.ac.at

<http://medienstrukturen.net/workshops/#workshop2021>

Verwendete Literatur

Beaufort, M. (2020). Medien in der Demokratie – Demokratie in den Medien: Ein demokratietheoretisch fundierter Ansatz zur Erforschung der demokratischen Qualität von Medienrepertoires unterschiedlicher Nutzungsklassen, dargelegt am Beispiel einer zeitvergleichenden Analyse des politischen Informationsangebots in den österreichischen Medien [Media in democracy—Democracy in the media: A democratictheoretical approach to the quality of media repertoires of different user types. The case of Austria] [Doctoral dissertation]. University of Hamburg.

Broggi, E., Carlini, R. M., Nenadic, I., Parcu, P. L., & Viola de Azevedo Cunha, M. (2020). *Monitoring media pluralism in the digital era: application of the Media Pluralism Monitor 2020 in the European Union, Albania & Turkey: policy report*. European University Institute.

Brosius, H. B. (2016). Warum Kommunikation im Internet öffentlich ist: Zu Andreas Hepps Beitrag „Kommunikations- und Medienwissenschaft in datengetriebenen Zeiten“. *Publizistik*, 61(4), 363-372.

Foret, F., & Calligaro, O. (2018). *European values: Challenges and opportunities for EU governance*. Routledge.

Hasebrink, U., & Domeyer, H. (2012). Media repertoires as patterns of behaviour and as meaningful practices: A multimethod approach to media use in converging media environments. *Participation: Journal of Audience & Reception Studies*, 9(2), 757-779.

Pernegger, Maria (2019): Frauen – Politik – Medien. Jahresstudie 2018. Schwerpunkt Frauen in der Wirtschaft. Losenstein: Media Affairs.

Roloff, D. (2012). Digitale Politik und Partizipation: Möglichkeiten und Grenzen. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 2012(7). <https://www.bpb.de/apuz/75834/digitale-politik-und-partizipation-moeglichkeiten-und-grenzen?p=all>

Seethaler, J., Beaufort, M. (2020): Monitoring Media Pluralism in Europe: Application of the Media Pluralism Monitor 2020 in the European Union, Albania & Turkey. Country Report: Austria. European University Institute.

Van Aelst, P., Strömbäck, J., Aalberg, T., Esser, F., de Vreese, C., et al. (2017). Political communication in a high-choice media environment: A challenge for democracy? *Annals of the International Communication Association*, 41(1), 3-27.